

Vertrauen und politische Psyche

SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles ist nach kurzer Babypause wieder zurück an ihrem Arbeitsplatz im Willy-Brandt-Haus. Allen Mutterfreuden zum Trotz wird sie ihr Büro mit gemischten Gefühlen betreten haben. Denn Realistin, wie Frau Nahles nun einmal ist, äußerte sie zwei Monate vor der Niederkunft ungewöhnlich offen gegenüber einer Frauenzeitschrift ihre Sorge, das Kind nur selten sehen zu können. Widmete sie sich allzu intensiv ihren elterlichen Aufgaben, fürchtet sie, nicht mit der Solidarität der Parteikollegen rechnen zu können, die ebenfalls gern Generalsekretär wären. Frau Nahles misstraut ihren Genossen offenkundig – vermutlich zu Recht. So ließ sich das Interview wohl auch als vorbeugende Maßnahme gegen intrigante Begehrlichkeiten interpretieren. Ebenso im November wurde das – zunächst verwunderte, dann jedoch leider amüsierte – journalistische Publikum vor der Bundespressekonferenz Zeuge, wie Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble seinen Pressesprecher wegen einer Lappalie ungnädig vorführte. Nicht einmal das Verteilen der richtigen Pressemitteilung wollte er ihm zutrauen.

Beide Vorgänge sind höchst bemerkenswert, denn sie erlauben der Öffentlichkeit eine ungewohnte Perspektive auf das Thema Politiker und Vertrauen. Während die sonst in schöner Regelmäßigkeit dazu erscheinenden Studien bloß immer

aufs Neue nachweisen, wie sehr „die“ Politik, die Politiker, Parteien und gesellschaftliche Institutionen aller Art bei den Bürgern an Vertrauen eingebüßt haben, ließ sich hier ein Blick auf die politische Psyche werfen, ein Einblick, der nur sehr selten möglich ist. Zu diesen raren Momenten gehörte etwa, als Oskar Lafontaine vor über zehn Jahren als Finanzminister und SPD-Parteichef frustriert hinwarf oder Gerhard Schröder in Anbetracht des kaum für möglich gehaltenen Wahlergebnisses nach der Bundestagswahl 2005 in der „Berliner Runde“ einen – gelinde gesagt – etwas überheblichen Eindruck machte.

Komplexeres Miteinander

Dass die Bürger ihren Regierenden und den staatlichen Institutionen nicht mehr in dem Maß vertrauen wie früher, ist nicht allein solchen Ab- und Auftritten und dem generell miesen Image der Politik als Beruf geschuldet. Selbst die Medien, für die nur die schlechten gute Nachrichten sind, können lediglich zum Teil verantwortlich gemacht werden. Noch vor zwanzig Jahren war unser gesellschaftliches Zusammenleben geprägt von direkten Kontakten und einer großen Vertrautheit mit dem eigenen Umfeld. Bedrohungen und Zukunftsängste entsprangen eher gesellschaftlicher Enge denn der Globalisierung, deren wirtschaftliche Folgen eine Hauptursache für das sinkende Systemvertrauen sind. Politische Fragen ließen sich auf einfache Formeln wie „Freiheit statt Sozialismus“

bringen. Doch dieses Zeitalter der Ideologien ist vorbei. Unser Miteinander ist vielfältiger, aber auch komplexer geworden, so wie Politik abstrakt und kompliziert. Das hat Auswirkungen auf unsere politische Kultur.

Schon konstitutionell gibt es für Vertrauen in der Demokratie nur wenig Platz. Der Parlamentarismus ist angewiesen auf gesunde Skepsis gegenüber der Weisheit der Regierenden und ihren Gesetzentwürfen. Außerdem kann die für Vertrauen grundlegende reziproke Erwartung fairen Verhaltens in der politischen Realität weder von Feind noch Parteifreund ernsthaft erwartet werden. Dass im hoch kompetitiven politischen Umfeld die Karriere zumeist über dem Erhalt etwa einer Studenten-WG-Freundschaft rangiert, bewiesen beispielsweise Norbert Röttgen und Andreas Krautscheid in der Frage, ob Ersterer Landesvorsitzender der NRW-CDU wird und Letzterer Generalsekretär bleibt. Schon lange bevor der Gipfel erreicht wird, beginnt die Einsamkeit der Macht. Freunde, denen sich arglos begegnen ließe, bleiben beim Aufstieg häufig zurück. Sozialkontakte werden stetig funktionalisiert, und dem sympathischen Lobbyisten, der selbstredend aus rein freundschaftlichen Motiven Aufnahme in den Kreis der Vertrauten begehrt, sollte tatsächlich besser mit Misstrauen begegnet werden.

Vertrauen als Kontrollfunktion

Für die politisch Verantwortlichen ist nicht allein das Vertrauen entscheidend, das die Wähler ihnen schenken, sondern es ist fast genauso wichtig, dass sie in der Lage sind, anderen, Kollegen und Mitarbeitern, zu vertrauen. Manche Karriere dürfte nicht zuletzt wegen der Unfähigkeit, dem eigenen Umfeld vertrauen zu können, an und in höchsten Ämtern gescheitert sein. Die sonst wenig zugängliche Bundeskanzlerin verlässt sich immerhin so sehr auf ihren

engsten Kreis, in den Medien gern als „Girls' Camp“ bezeichnet, dass dort offener Widerspruch möglich sein soll. Die meisten Führungskräfte wissen in der Theorie, dass derlei Korrektive unabdingbar sind, sind aber in der Praxis oft unfähig, sie auf Dauer zu ertragen. Beratungsresistenz ist vor allem eine Frage der Psychologie. Genauso dürfte in den Etagen unterhalb der politisch Verantwortlichen getreu des Lenin zugeschriebenen Diktums „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ verwaltet werden. Dass ständiges Misstrauen lähmend wirkt, ist eine psychologische Binsenweisheit, die jedoch in manch gesellschaftlicher Institution unbekannt oder zumindest nicht umsetzbar scheint. Dazu zählt genauso der konstruktive Umgang mit Dingen, die schiefgehen. Doch wenn das Bonmot „Wer nichts tut, macht auch keine Fehler“ zur Maxime erhoben würde, herrschte nur noch Trübsal. Auf Stärken zu vertrauen, anstatt nur nach Schuldigen zu suchen, fällt schwer in der politischen Realität. Das fängt beim Umgang mit Personal an und reicht bis zur politischen Strategie, nach der Wahlen primär wegen der Schwäche des Gegners gewonnen werden. Die „Partei des kleineren Übels“ siegt, anstatt dass auf eigene Stärke vertraut wird.

Vertrauen ist laut der klassischen Definition von Niklas Luhmann ein „Mechanismus zur Reduktion sozialer Komplexität“, der selbstverständlich auch innerhalb des politischen Betriebs funktionierte. Angesichts der enormen Vertracktheit modernen Regierens wäre er obendrein nötig. Zudem nehmen wir demjenigen, dem wir vertrauen, sogar Zumutungen in Zeiten knapper Kassen ab. Schon deshalb ist Vertrauen als politische Ressource wichtiger als unbegrenzte Haushaltsmittel. Doch im Gegensatz zu Etats lässt es „sich nicht durch Forderungen anbahnen, sondern nur durch Vorleistung“, so die höchst bedenkenswerte

Analyse des Bielefelder Soziologen. Der weitverbreitete Unwille von Politikern, Einfluss oder wenigstens die Suggestion von Allzuständigkeit aufzugeben, verhindert demnach, dass Vertrauen überhaupt erst entsteht. Nicht die Sonntagsrede – am besten zum Thema Vertrauen und Politik – hilft weiter, sondern die Bereitschaft, sich selbst verwundbar zu machen, Kante zu zeigen. Zu vertrauen ist eben eine riskante Vorleistung. Die Rolle als Vorbild ist entscheidend, und die ist politisch wiederum eng mit der Bereitschaft und Fähigkeit, Führung zu übernehmen, verknüpft. Denkt man an eine Persönlichkeit wie Helmut Schmidt, leuchten die Überlegungen Luhmanns unmittelbar ein.

Kaum Mut zur Ehrlichkeit

Aber nicht einmal solche Ausnahmetalente können alle Sachverhalte, mit denen Politiker heute konfrontiert werden, durchdringen. Trotzdem ist ein „Das weiß ich nicht“ oder wenigstens ein „Darüber muss ich erst nachdenken“ aus Politikermunde höchst selten zu hören.

Dabei widerspricht es jeder Lebenserfahrung, auf alles unmittelbar eine Antwort zu haben. Zu akzeptieren, dass andere manches besser können, mehr wissen oder sogar intelligenter sind, kollidiert sowohl mit der für Spitzenämter nötigen Selbstwahrnehmung wie mit den unausgesprochenen Erwartungen der Öffentlichkeit. Zuzugeben, von manchen Dingen keine Ahnung zu haben, erfordert viel Souveränität. Es war eine der großen Stärken des jüngeren Helmut Kohl, sich mit Menschen umgeben zu können, die intellektuell brillanter waren als er selbst. Er verstand es, diese Vertrauten funktional zu nutzen. Gegenüber der Öffentlichkeit wiederum dürfte es an Zutrauen fehlen, dass Bürger die Ehrlichkeit des Unwissens goutieren und ein Zögern nicht als weiteren Beleg mangelnder Kompetenz werten. Diese Angst

spiegelt sich genauso wie die Scheu, sich festzulegen, in der meist floskelhaften politischen Sprache wider: So werden „geeignete Maßnahmen“ ergriffen anstatt präzise Ziele formuliert; „es besteht Handlungsdruck“, anstatt dass etwas getan werden muss – es könnte ja jemand fragen: Was konkret? Generell wird im politischen Alltagsbetrieb viel öfter über schnell zu erringende Siege denn über die viel wichtigeren langfristigen Strategien nachgedacht. Erfolge müssen vor der nächsten Wahl sichtbar sein, Zeit ist immer zu wenig, nicht zuletzt für die Reflexion des eigenen Tuns. Auf Dauer geht das nicht gut, weiterer Vertrauensverlust ist die Folge. Wäre es da nicht klüger, wenn Politiker, deren Image ohnehin schon auf dem Niveau von Gebrauchtwagenhändlern und Journalisten angekommen ist, sich für „die richtigen Sachen schlachten“ ließen, wie es ein hochrangiger Bundespolitiker einmal hintergründig formulierte?

Doch dass „die Wahrheit dem Menschen zumutbar ist“ (Ingeborg Bachmann), glaubt kaum ein politisch Verantwortlicher. Derweil mangelt es ihnen vielleicht nur an Urvertrauen. Entscheidend für dessen Entwicklung ist das erste Lebensjahr des Menschen. In dieser für die Charakterbildung wesentlichen Spanne wird im Kontakt mit den engsten Bezugspersonen die Grundlage dafür gelegt, ob das Kind fortan argwöhnisch oder vertrauensvoll, offen oder scheu durch das Leben gehen wird. Dabei ist weniger die Zeit maßgeblich, die Eltern mit ihrem Nachwuchs verbringen, sondern vor allem die emotionale Verfügbarkeit in den sensiblen, kritischen Entwicklungsphasen. Heikle Momente zu erkennen ist wiederum eine Voraussetzung für politischen Erfolg. Insofern sollte Frau Nahles sich nicht zu viele Sorgen um die Verbindung von Kind und Karriere machen, sondern ihrerseits darauf vertrauen, dass alles schon gut gehen wird.